

# BESCHLUSS

---

**des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 7. September 2020**

---

## Für eine ambitionierte Konferenz zur Zukunft Europas

Europa steht inmitten einer der bedrohlichsten Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Auf die COVID-19-Gesundheitskrise folgt nun eine Wirtschaftskrise, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen fast aller EU-Mitgliedstaaten in oft existentielltem Ausmaß trifft. Nach der Finanz- und Schuldenkrise vor gut zehn Jahren und der Flüchtlingskrise, die vor fünf Jahren ihren Anfang nahm, erleben die Staaten der Europäischen Union damit ihre dritte massive globale Belastungsprobe innerhalb eines Jahrzehnts.

Gleichzeitig vollzieht sich – durchaus unabhängig vom aktuellen Krisengeschehen – ein Paradigmenwechsel auf mindestens drei Feldern, der Europa in seinen Grundfesten zu erschüttern droht:

Ersteres betrifft unsere kollektive Sicherheit. Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO als Garant der europäischen Sicherheit. Wir müssen deshalb verhindern, dass der transatlantische Sicherheitsschirm des Bündnisses löchrig wird. Dafür muss Europa im Bündnis, aber auch jenseits des Bündnisses, mehr Mittel für seine kollektive Verteidigung aufwenden. Wir müssen den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und nicht nur materiell in der Lage sein, mehr Verantwortung für unsere europäische Sicherheit zu übernehmen. Unsere Sicherheit beschränkt sich nicht nur auf die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung, sondern bezieht sich – wie die Covid-19-Pandemie eindrücklich gezeigt hat – auch auf Gesundheitskrisen, die die europäische Staatengemeinschaft vor enorme Herausforderungen stellen. Europa braucht daher eine zügige Weiterentwicklung der 2016 vorgelegten Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, um diese an aktuelle Bedrohungslagen anzupassen und den Sicherheitsbegriff zu erweitern. Nur wenn die EU in der Lage ist, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen vorausschauend, ganzheitlich und koordiniert zu handeln, kann sie ihren Gestaltungsanspruch als globaler Akteur geltend machen.

Zweitens gerät das Erfolgsmodell einer fairen und wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt zunehmend unter Druck: Während die USA ihre angestammte Position als Wächter von Multilateralismus und Freihandel zunehmend verweisen lässt und einem monopolistischen Neo-Kapitalismus anhängt, wächst China mit seinem ausgreifenden Staats- und Rechtsverständnis und aggressiven Staatskapitalismus zu einem Weltmarktgiganten und gleichzeitig Machtfaktor und angeblich überlegenen Systemrivalen zur liberalen Demokratie heran. Europa muss angesichts dieser Entwicklungen eine Führungsrolle anstreben und mutig für eine regelbasierte Ordnung eintreten, in der politische Freiheit, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Solidarität einhergehen.

Drittens gilt es, den demokratischen Zusammenhalt der EU-27 nach dem Brexit und die Rechtsstaatlichkeit im Innern Europas zu stärken. Nicht nur die Beispiele Polens und Ungarns zeigen, dass demokratische Institutionen und Prozesse in Europa von populistischen, autoritären und extremistischen Bewegungen angegriffen, missbraucht und unterhöhlt werden. Im Innern unseres Kontinents müssen die Populisten und die Feinde der Freiheit und des Rechtsstaats mit den besseren Argumenten und Ideen sowie den Mitteln des Rechts bekämpft werden. Nur wenn die EU ihre Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten in den eigenen Grenzen schützt, kann sie diese glaubhaft weltweit vertreten und einfordern.

Angesichts der aktuellen Krisenverwerfungen und geopolitischen Verschiebungen muss Europa seine strategischen Herausforderungen klar definieren und proaktiv annehmen und seine Arbeitsmittel und seinen institutionellen Rahmen entsprechend neu justieren. Nur so wird die Europäische Union den vielfältigen Herausforderungen in dieser neuen Weltordnung gerecht und als internationaler Akteur auf Augenhöhe ernstgenommen. Wir Freie Demokraten wollen daher die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen, um für den Umbau Europas wichtige materielle und institutionelle Weichen zu stellen und damit Europas Rolle in der Welt zu stärken.

### **Struktur der Konferenz einfach und bürgernah gestalten**

Wir Freie Demokraten begrüßen deshalb den Entschluss des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 und die Mitteilung der Kommission vom 22. Januar 2020, in den nächsten beiden Jahren eine Konferenz zur Zukunft Europas zu organisieren. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der Startschuss der Konferenz unter Führung des früheren ALDE-Fraktionschefs Guy Verhofstadt digital fallen sollte, damit der Dialog trotz der aktuellen Lage zeitnah beginnen kann. Die deutsche Bundesregierung sollte die Frage einer erfolgreich arbeitenden Zukunftskonferenz zu einer Priorität ihrer Ratspräsidentschaft machen.

Wir fordern:

- Alle europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten mittels eines öffentlichen Aufrufs eingeladen werden teilzunehmen.
- Im Plenum sollten neben Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen, einer angemessenen Zahl von nationalen Abgeordneten sowie Repräsentanten der regionalen und lokalen Körperschaften vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen gehört werden.
- Für die Bürgerforen vor Ort sollte ein einfaches und einheitliches Format geschaffen werden, damit die dort formulierten Ideen fair in den Prozess eingespeist werden. Dabei bietet es sich an, auch mehrsprachige Online-Plattformen einzurichten.
- Es sollten spezielle Jugendveranstaltungen geplant werden, bei denen die unter 30-Jährigen ihre Vorstellungen gesondert vortragen können: Denn diese Generation wird von den Weichenstellungen der Konferenz besonders betroffen sein.

### **Europas Demokratie institutionell stärken**

Die Zukunftskonferenz hat die große Chance, die Institutionen der EU effizienter und bürgernäher zu gestalten, um Europa handlungsfähiger und demokratischer zu machen.

Wir fordern:

- Neben dem Europäischen Parlament als solchem sollten jede Fraktion sowie eine gewisse Anzahl von Abgeordneten jeweils ein vollwertiges Initiativrecht erhalten.
- Das Europäische Parlament sollte sich für einen Sitz entscheiden können.
- Die Abgeordneten des Parlaments sollten über transnationale Listen der europäischen Parteien gewählt werden. Mittelfristig sollten die Hälfte der Abgeordneten über transnationale Listen ermittelt und die restlichen Abgeordneten wie bisher über nationale Delegationen der Mitgliedstaaten gewählt werden, so dass jede Unionsbürgerin und jeder Unionsbürger bei der Wahl zwei Kreuze machen kann. Bei der Größe der nationalen Delegationen ist die garantierte Mindestanzahl für kleine Mitgliedstaaten beizubehalten.
- In ihrer Bedeutung gestärkte europäische Parteien mit transeuropäischen Programmen und Kandidatinnen und Kandidaten sollten es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, nach europäischen Gesichtspunkten zu wählen. Außerdem kann die jeweilige Spitzenkandidatin oder der jeweilige Spitzenkandidat einer europäischen Liste auch einen natürlichen Anspruch erheben, die nächste Kommission zu führen.
- Die restlichen Kommissare sollten künftig nicht mehr von den 27 Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden, sondern auf maximal 18 Mitglieder begrenzt und allein vom gewählten Kommissionspräsidenten nominiert sowie einzeln vom Parlament bestätigt werden.
- Das Parlament sollte einzelne Kommissare künftig durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit Zweidrittelmehrheit absetzen können.
- Im Rat der Europäischen Union sollte insbesondere im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die Einstimmigkeit in die qualifizierte Mehrheit überführt und ein nationales Veto-Recht abgeschafft werden.
- Die Vorschrift des Lissabonner Vertrages, dass die Räte öffentlich tagen, wenn sie gesetzgeberisch tätig werden, sollte weit verstanden werden. Alle Dokumente und Sitzungen, inklusive die der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, sollten daher, analog zu denen des Parlaments, unverzüglich und vollständig öffentlich einsehbar sein bzw. live übertragen werden.
- Um zu prüfen, ob ein Vorhaben auf europäischer Ebene geboten ist, sollten die nationalen Parlamente 12 statt 8 Wochen Zeit und jede Kammer (in Deutschland: Bundestag und Bundesrat) ein eigenständiges Klagerecht erhalten (stärkere Subsidiaritätskontrolle).

### **Konferenz auf zentrale Zukunftsthemen konzentrieren**

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich die Konferenz auf zentrale Politikfelder konzentriert, die für unsere gemeinsame Zukunft langfristig von Relevanz sind, und dafür die Leitlinien, Ziele und Prioritäten definiert. Für uns geht es darum, Europa bei der Bewältigung von Pandemien robuster aufzustellen, es als Chancenkontinent zu entwickeln und als Fortschrittsmotor zu mobilisieren, sowie die EU als demokratischen Stabilitätsanker auszubauen und sie mit strategischer Autonomie in der Außenpolitik auszustatten.

### Europa robuster aufstellen bei der Bewältigung von Pandemien

Wir wollen die Befugnisse der EU ausweiten, um in der Zukunft eine stärkere europäische Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Gesundheitskrisen zu bewirken. Neben der Bereitstellung von Finanzmitteln zur Bewältigung der aktuellen Krise durch europäisches Kurzarbeitergeld („SURE“), die

Europäische Investitionsbank und den Europäischen Stabilitätsmechanismus unterstützen wir einen auf Innovation und Modernisierung zielenden Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“. Er sollte an strikte Reformzusagen und einen Rechtsstaatsmechanismus gebunden sein und Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU 2021–2027 werden, in dem Darlehen und Zuschüsse in einem angemessenen Verhältnis stehen und der das Gebot des ausgeglichenen Haushalts beachtet. Daneben müssen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit die EU ein gemeinsames Vorhaltesystem für essentielle medizinische Güter errichten kann. Schließlich wollen wir diejenigen Institutionen stärken, die in der Krisenzeit Solidarität unter den Mitgliedstaaten organisieren, wie das Europäische Zentrum für Krisenkoordinierung, das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten sowie die Europäische Arzneimittelagentur. Wir sprechen uns auch dafür aus, einen Europäischen Sicherheitsrat zu schaffen, in dem die Maßnahmen der Mitgliedstaaten besprochen und eine bessere Koordinierung seitens der Kommission politisch vorbereitet werden kann. Insbesondere hinsichtlich Verteilung von Personal und medizinischem Material sowie Nothilfen braucht es eine zentrale Koordinierungs- und Entscheidungsinstanz auf europäischer Ebene, die schnell und unabhängig handeln kann. Diese soll spätestens dann zuständig werden, wenn eine europaweite Epidemie oder ein anderweitiger Katastrophenfall festgestellt wird.

#### Europa als Chancenkontinent entwickeln

Junge Menschen sollten berufliche und universitäre Ausbildungschancen in jedem EU-Land ihrer Wahl haben. Zudem sollen alle Schülerinnen und Schüler in der EU – unabhängig von den finanziellen Verhältnissen – die Möglichkeit bekommen, mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen. Dazu soll die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und auch unterjährigen Ausbildungsleistungen erleichtert werden. Auch deshalb wollen wir Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit einführen.

Wir Freie Demokraten wollen faire Chancen am Start, keine Gleichmacherei bei den Ergebnissen – denn das ist das Credo liberaler Arbeitsmarktpolitik. Während in Deutschland der Wettbewerb um die Auszubildenden in vollem Gange ist, haben junge Menschen in anderen Teilen Europas keine berufliche Perspektive. Dies gefährdet das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft und damit die Legitimität und Akzeptanz unserer gemeinsamen liberalen Wirtschaftsordnung in der Europäischen Union. Wir brauchen einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität. Die Übertragung funktionierender Modelle auf andere Mitgliedstaaten sollte durch den europäischen Qualifikationsrahmen erleichtert werden.

#### Europa als Fortschrittsmotor mobilisieren

Wir Freie Demokraten wollen europäische Rechtsrahmen auf die Höhe der Zeit bringen. Netzbetreiber, Plattformen und Inhalte-Anbieter sollen in ein gestuftes Verantwortungskonzept eingebunden sein, wobei die Rechtsdurchsetzung nicht den Privaten überlassen werden darf. Mit Blick auf systemische Rivalen wie China werden Unabhängigkeit und Steuerungsfähigkeit digitaler Räume nur durch eine konkurrenzfähige und zugleich den Grundrechten verpflichtete europäische Digitalwirtschaft gewährleistet. Außerdem gilt es, durch eine fortschrittliche europäische Innovationspolitik mehr Unterstützung für junge und innovative Unternehmen bereitzustellen.

Wir fordern eine europäische Wettbewerbspolitik, die strategisch und langfristig sowohl innerhalb der EU als auch darüber hinaus dafür sorgt, dass Wettbewerb nicht durch Oligopole oder gar Monopole eingeschränkt wird. Wir sind überzeugt, dass ein starker Wettbewerb allen Menschen durch innovativere, bessere und sicherere Produkte und Dienstleistungen zugutekommt. Ein fortschrittliches Konzept sollte besser als bisher sicherstellen, dass Unternehmen, die bereits Teil von oligopolistischen bzw. monopolistischen Strukturen sind, diese Marktmacht nicht in weitere verwandte Bereiche ausdehnen können.

Wir Freie Demokraten begreifen den Klima- und Umweltschutz als zentrales Zukunftsthema. Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen, zum Pariser Klimaabkommen und zum europäischen „Green Deal“. Wir sehen den „Green Deal“ als Chance, mit europäischer Innovationskraft den Klimaschutz voranzubringen. Dafür müssen wir Marktmechanismen wie den Emissionshandel noch stärker nutzen und auf Startups und den Mittelstand setzen sowie sonstige Belastungen reduzieren. Die Transformation zu einer dekarbonisierten Wirtschaft muss im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021–2027 durch einen zielgenauen „Transitionsfonds“ abgesichert sein; er könnte helfen, um der Infrastruktur, der Digitalisierung sowie der beruflichen Weiterqualifizierung neue Impulse zu geben. Es geht darum, den menschlichen Anteil am Klimawandel zu minimieren, um eine möglichst geringe Erwärmung zu erreichen. Die Einführung des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels in Europa hat den Anteil der Ausstöße in Europa gesenkt. Wirkungsvolle Klimapolitik erfordert jedoch den Einsatz der gesamten Weltgemeinschaft. Zentraler Ansatzpunkt ist für uns ein schneller Einstieg in ein effektives internationales System, das weltweit Anreize zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission in allen Sektoren setzt. Hierfür sollten die Erfahrungen aus Europa als Vorkämpfer des Fortschritts mobilisiert werden. Die in diesem Rahmen für den Umbau der Energieversorgung notwendigen Finanzmittel müssen der Aufgabe angemessen sein. Darüber hinaus müssen alle konsumtiven Ausgaben der Europäischen Union überprüft, die Finanzausstattung den Aufgaben angemessen ausgebaut und die Finanzplanung flexibler werden.

#### Europas Rolle als demokratischer Stabilitätsanker ausbauen

Zu den gemeinsamen Werten der Europäischen Union gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Es ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich, dass unter anderem die Gewährung finanzieller Mittel an einen Mitgliedstaat an die Einhaltung der gemeinsamen Werte, die Wahrung von Bürgerrechten und die Existenz einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Justiz geknüpft sein müssen (Rechtsstaatsklausel im Mittelfristigen Finanzrahmen). Im Rahmen der Zukunftskonferenz muss dazu als Basis für die Feststellung von Rechtsstaatsdefiziten eine Reform des Rechtsstaatsverfahrens erarbeitet werden. Die Entscheidungs- und Sanktionsmechanismen nach den europäischen Verträgen müssen auf einem unabhängigen, transparenten und rechtsstaatlichen Verfahren beruhen und so ausgestaltet werden, dass sie nicht durch eine kleine Minderheit von Mitgliedstaaten blockiert werden können, insbesondere durch jene Mitgliedstaaten, gegen die bereits ein ähnliches Verfahren läuft, indem diese von der Stimmabgabe ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang sollte die Grundrechteagentur mit einem rechtsstaatlichen, unabhängigen Mandat ausgestattet werden.

## EU mit strategischer Autonomie in der Außenpolitik ausstatten

Unser Ziel ist es, eine strategische Autonomie der EU in der Außenpolitik herzustellen, um ihren Einfluss auf der Weltbühne zu stärken. Wir stehen zum transatlantischen Bündnis, sehen aber zugleich, dass es außenpolitische Situationen gibt, bei denen die Abstimmung mit der Administration von Trump zunehmend schwieriger wird. Umgekehrt ist eine außenpolitische Annäherung an das autoritäre Russland oder den Systemrivalen China für uns Freie Demokraten ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Die EU sollte international die Einhaltung von Menschenrechten konsequent einfordern, zur Bedingung von Vereinbarungen machen und, wo dem zuwidergehandelt wird, streng sanktionieren. Wir stehen fest an der Seite jener Kräfte, die weltweit für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten.
- Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass Drittstaaten gezielte Desinformationskampagnen gegen die EU führen. Europäische Bürgerinnen und Bürger müssen besser über solidarische Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten informiert werden, um sich nicht von Europa allein gelassen zu fühlen. Die EU sollte die Mittel für solche Informationskampagnen erhalten.
- Die EU sollte nach außen geschlossener auftreten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik so gestärkt wird, dass er zukünftig als vollwertiger „EU-Außenminister“ agieren kann.
- Außerdem streben wir mittelfristig den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle zur eigenverantwortlichen Gewährleistung der Sicherheit in und für Europa an.
- Gemeinsames außenpolitisches Handeln sollte zum Regelfall und nationalstaatliche Alleingänge zur Ausnahme werden.

## **Umsetzung der Konferenzbeschlüsse durch einen Konvent sicherstellen**

Für uns Freie Demokraten ist es von zentraler Bedeutung, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorstellungen einbringen, diese ernstgenommen und anschließend von den Institutionen angemessen umgesetzt werden. Viele Reformvorhaben sollten schnell von Parlament und Rat in Gesetzesvorhaben gegossen werden, damit die Konferenz einen für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger spürbaren Ertrag liefert. Dies betrifft insbesondere unsere Schwerpunktthemen Digitalisierung und Innovation, Modernisierung der Wirtschafts- und Umweltpolitik sowie die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Dieser Konvent sollte einer dezentral und föderal verfassten Europäischen Union eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtekatalog geben. Über die neue Europäische Verfassung sollen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung entscheiden und damit die Grundlage für einen Europäischen Bundesstaat schaffen.